

o.734.40

o.734.46

- ST/ap

p.4

STB	GIR	67	STB	MAK	a/a
Del. Jn.	124	204			
Vica	STB	Cu	STB	4	
EPD		12.04.78	1		
Ref.		0.734.40			

Bern, 10. April 1978

A K T E N N O T I Z

Besuch von UNESCO-Generaldirektor  
Amadou-Mahtar M'BOW, 30.3. - 1.4.78

Im folgenden wird der Hauptinhalt der Besprechungen mit Herrn M'Bow, unter besonderer Berücksichtigung der politisch relevanten Aussagen des Gastes, kurz zusammengefasst:

- I. Besprechung mit Botschafter Heimo, im Beisein von Mitarbeitern der DEH und der Politischen Abteilung III, 30.3.78, 09.45 h.

Gemäss Vorschlag Herrn M'Bows einigen sich die Gesprächspartner auf künftige periodische Kontakte, abwechselnd in Bern und Paris, die einer engeren Zusammenarbeit Schweiz-UNESCO bei der Ausführung von Entwicklungsprojekten, namentlich auf dem Gebiet der Erziehung, dienen sollen. Schweizerischerseits auf unser Konzept der "Schwerpunktländer" aufmerksam gemacht, empfiehlt der Besucher zwei Länder, nämlich Haiti und Vietnam, der Aufmerksamkeit der DEH. Herr Heimo weist auf innenpolitische Hinderungsgründe gegenüber einem starken schweizerischen Engagement in letzterem Land hin; der Bericht Umbricht mit seinen weitgehenden Hilfsbegehren für Vietnam wurde in der NZZ bereits kritisiert.

- II. Besprechung mit dem Departementschef, im Beisein von Generalsekretär Weitnauer, Frau Botschafter Pometta, Minister Hummel, Herrn J.-B. de Weck (UNESCO) und des Unterzeichneten, 30.3.78, 11.00 h.

Herr M'Bow referiert eingehend über die von schweizerischer Seite vorgeschlagenen Themen gemäss beiliegender Traktandenliste:

## 1. Massenmedien-Deklaration

Der Besucher betont, wie sehr er sich des umstrittenen Charakters dieser Materie bewusst sei. Keiner der im UNESCO-Sekretariat seit Nairobi ausgearbeiteten Textentwürfe sei mehr als ein internes Arbeitspapier; er habe offiziell von keiner dieser Versionen auch nur Kenntnis genommen. Er halte das Problem für noch zu wenig ausgereift, als dass es der nächsten Generalkonferenz vorgelegt werden könne. Bekanntlich habe er aber Ende letzten Jahres eine "Commission internationale d'étude sur les problèmes de la communication" unter dem Präsidium des Iren Sean McBride eingesetzt, welche daran sei, die Medienfrage in einem weiteren Zusammenhang zu studieren. Er beabsichtige nun, dem Conseil exécutif an dessen bevorstehender Session vorzuschlagen, das Traktandum "Massenmedien-deklaration" nicht auf die Agenda der Generalkonferenz vom kommenden Herbst zu setzen, sondern zunächst den für Mitte 1979 fälligen Bericht der Kommission McBride abzuwarten.

Sollte es dem Generaldirektor gelingen, eine Mehrheit des Exekutivrates für dieses Vorgehen zu gewinnen, so hätte sich erst die Generalkonferenz 1980 wieder mit dem Fragenkomplex "Massenmedien/Kommunikation" zu befassen. In der Beantwortung der z.Z. hängigen Interpellation Hofer zu diesem Thema hätten wir uns dementsprechend auf eine Art Zwischenbescheid zu beschränken.

## 2. Deklaration über Rassenfragen

Herr M'Bow hebt hervor, dass es der Expertenkonferenz vom vergangenen März gelungen sei, sich im Konsens-Verfahren auf den Text eines der nächsten Generalkonferenz vorzulegenden Deklarationsentwurfs zu einigen. Nur über einen wesentlichen

- 3 -

Punkt konnte keine Einigung erzielt werden, nämlich die in Ziff. 10 der Präambel enthaltene Bezugnahme auf "les résolutions adoptées par l'ONU et l'UNESCO au sujet de l'apartheid, de la discrimination raciale et du racisme sous toutes ses formes", die in dieser Form implizite auch die umstrittene UN-Resolution 3379 ("Zionismus = Rassismus") mit einschliesst.

Er, M'Bow, sei beauftragt, der Generalkonferenz den Deklarationsentwurf vorzulegen und ihr auch über diesen noch strittigen Punkt Bericht zu erstatten. Seine Absicht sei es, letzteres mit der Empfehlung zu verbinden, den fraglichen Passus überhaupt fallen zu lassen. Einen auch nur indirekten Verweis auf 3379 empfindet M'Bow in einer UNESCO-Deklaration als deplaziert; dies um so mehr, als man in den UN selbst jede Bezugnahme auf die umstrittene Resolution sorgfältig vermieden habe, um unfruchtbaren Kontroversen auszuweichen.

Bleibe ein solcher Verweis in der Präambel zur UNESCO-Rassendeklaration stehen, so würde dies eine einhellige Annahme dieses Instruments durch die Generalkonferenz verhindern, woran gerade jenen Staaten nicht gelegen sein könne, die der Bekämpfung des Rassismus grösste Bedeutung beimässen, d.h. insbesondere den Schwarzafrikanern, während andererseits auch die militanten Araber aus einem Erfolg in diesem Punkt keinen konkreten Vorteil zu ziehen vermöchten.

Es handelt sich hier um eines jener Traktanden, das im Vorfeld der nächsten Generalkonferenz zwischen den Gruppen (westliche "Informationsgruppe", Schwarzafrikaner, Araber, Lateinamerikaner etc.) informell vorberaten werden sollte, um offenen Konfrontationen nach Möglichkeit vorzubeugen und - auch im Sinne der Absichten M'Bows - die Annahme eines allseits akzeptablen Deklarationstextes sicherzustellen.

./.

### 3. Allgemeine Menschenrechtsfragen

Generaldirektor M'Bow legt dar, dass für seine Organisation in diesem Bereich zwei ganz verschiedenartige Aktionsmöglichkeiten bestehen

- die persönliche und vertrauliche Intervention des Generaldirektors bei Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs zugunsten menschenrechtswidrig Verfolgter, besonders von Künstlern und Intellektuellen. Er unternehme des öftern solche Demarchen, manchmal mit Erfolg. Voraussetzung für diesen sei aber naturgemäss die Einhaltung grösster Diskretion.
- das Beschwerdeverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere diskriminatorische Behandlung im Bereich des Erziehungswesens. Ein Ausschuss des Exekutivrates, das "Comité sur les conventions et recommandations dans le domaine de l'éducation", nimmt solche Beschwerden entgegen und lädt den angeschuldigten Staat zur Stellungnahme ein, sofern der Beschwerdeführer mit der Nennung seines Namens einverstanden ist. Auch Grossmächte - einschliesslich der Sowjetunion - sind solchen Aufforderungen nachgekommen. Zur Diskussion steht gegenwärtig der Grad der Oeffentlichkeit des bei der Behandlung derartiger Beschwerdefälle angewandten Verfahrens bzw. die Frage der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse.

Der Besucher betont im übrigen, wie grosse Bedeutung die UNESCO der Aufklärung über das Thema Menschenrechte, angefangen bereits im Schulunterricht, beimesse.

### 4. Budgetfragen / BIE

Herr M'Bow erinnert an die Schwierigkeiten, welche auch der UNESCO aus den Wechselkursschwankungen erwachsen. Der eben fertiggestellte Budgetentwurf des Sekretariates sehe einen

- 5 -

Ausgabenplafond von \$ 275 Mio. vor (während die Mehrheit des "Groupe de Genève" diesen bekanntlich auf \$ 270 Mio. beschränkt sehen möchte).

Was das BIE (Genf) betrifft, erwähnt M'Bow die Frage von dessen seit längerem fälliger Unterbringung in einem neuen Gebäude (anstelle des nachgerade baufälligen Palais Wilson) mit keinem Wort. Hingegen liegt ihm sehr daran, dass die nächstjährige Zweijahresversammlung dieser Institution nach Möglichkeit schon im Juli (statt erst im Herbst) stattfinden kann, weil in diesen Monat der fünfzigste Jahrestag der Gründung des BIE fallen wird. Der Besucher lässt auch durchblicken, dass er vom Gast- und Gründungsland Schweiz eine besondere Geste finanzieller Natur erwartet, um diesem Jubiläumsanlass den gebührenden Glanz zu verleihen.

(Stauffer)

Kopie z.K.:

- Herrn Botschafter A. Weitnauer
- Frau Botschafter F. Pometta
- Herrn Botschafter M. Heimo
- Sekretariat des Departementschefs
- Politische Abteilung II
- Informations- und Pressedienst
- Ständiger Delegierter der Schweiz bei der UNESCO
- Sekretariat der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission
- Sektion Vereinte Nationen
- Fr. Hofer

1 Beilage

Entretien de M. Amadou-Mahtar M'BOW, Directeur général de l'UNESCO, avec M. Pierre AUBERT, Chef du Département politique fédéral

---

10.45 h. Prise de contact personnelle (tête à tête)

env. 11.00 h. Séance de travail  
(en présence de M. l'Ambassadeur A. Weitnauer, Secrétaire général, Mme l'Ambassadeur F. Pometta et d'autres participants)

dont l'ordre du jour pourrait comporter les points suivants:

1. Questions relatives à la "Déclaration concernant l'emploi des moyens de grande information"
2. Questions relatives à la "Déclaration sur la race et les préjugés raciaux"
3. Questions générales concernant les droits de l'homme
4. Questions budgétaires / éventuellement BIE